

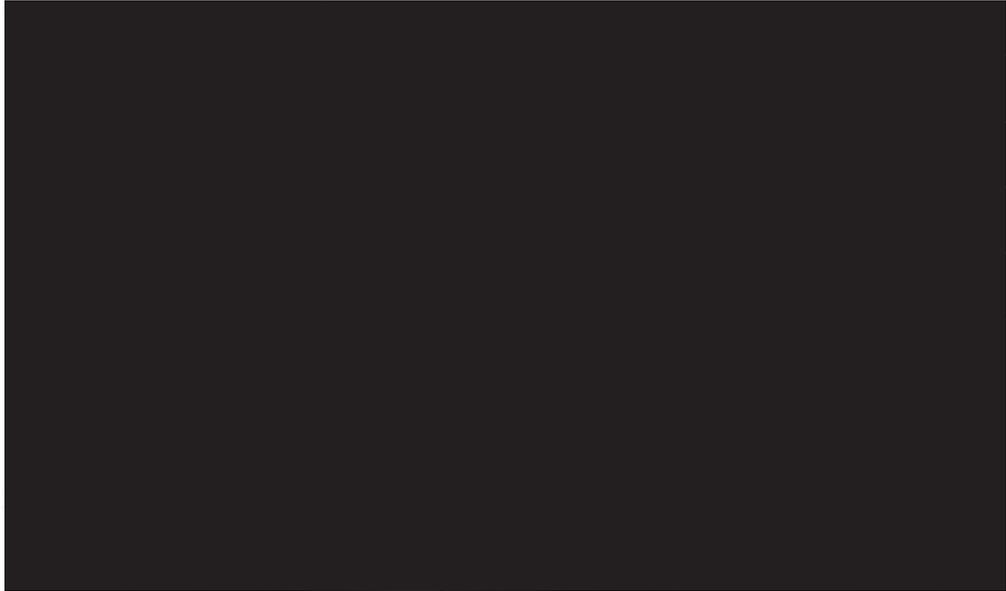
Anlage 1

9

Bürgerversammlung des 11 . Stadtbezirks am 18 . 07 . 2019

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

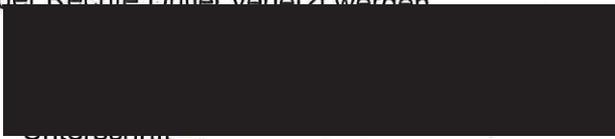
Anrede
 Vorname
 Nachname
 Straße
 Hausnummer
 Postleitzahl
 Ort
 Stadtbezirk
 E-Mail-Adresse



Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)		<input type="checkbox"/>
Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)		<input checked="" type="checkbox"/>
Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)	<p style="color: blue; font-family: cursive;">Stadtviertel Nordheide Oberhies</p> <hr style="border: 1px solid red;"/> <p style="color: blue; font-family: cursive;">Harkhof 1 - Bürger</p>	
Wohnen Sie zum Zeitpunkt der Bürgerversammlung im Stadtbezirk?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk (nicht als juristische Person)?	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>
Ich möchte mein Anliegen	selbst vortragen <input checked="" type="checkbox"/> Vortragen lassen <input type="checkbox"/>	

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

18.7.19
 Datum



Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):
Stadtviertel / Nordhaide-quartier,
Hart(hof)-anger

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

siehe Beilage!

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

- ohne Gegenstimme angenommen
- mit Mehrheit angenommen
- ohne Gegenstimme abgelehnt
- mit Mehrheit abgelehnt

(Mün., 18. Juli 1955)

1.a) Alternativ(en):
<dh. eins von beiden!>

Bücherei ist weg—

b) ehemal. Kultur ref.

Küppers wohl unwissend,

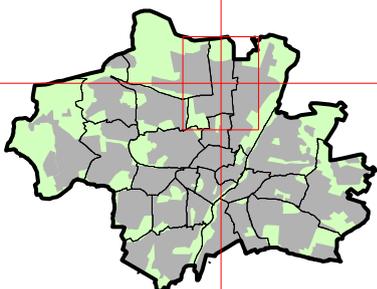
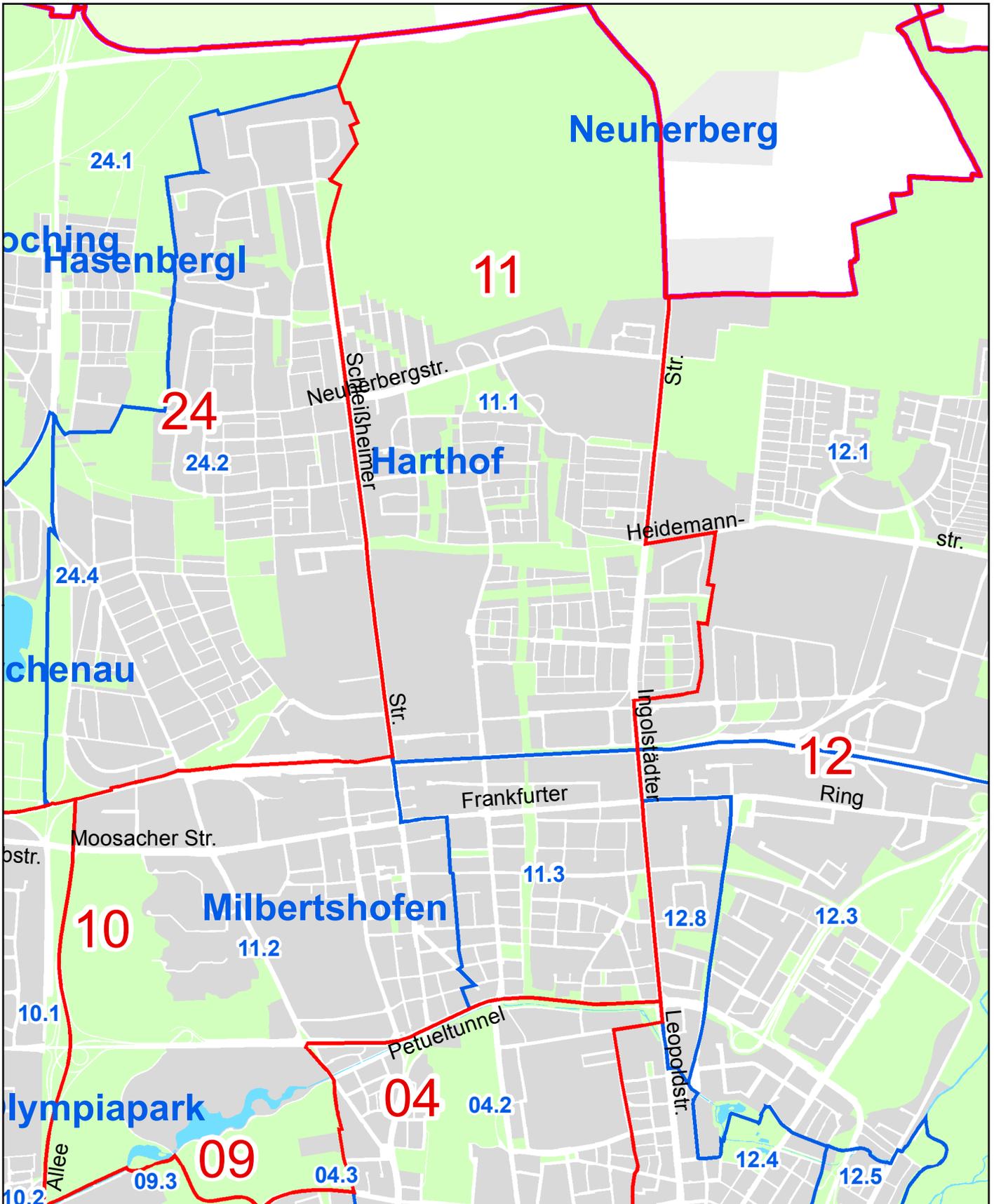
(über Lage / Situation Hart-
hofanger, etc.)

oder b) soziolog.-demo-
graf. Untersuchung des
Quartiers (Milb.-N/
Hart-hof-gebiet / N.-heide)
Zustand der Bevölkerung

schlechteste Wahlbe-
teiligung Münchens!

(2.-höchste AdF-Quote)

< Haselbergfeldm. umge-
kehrt >



Datenauszug

Erstellt für Maßstab 1:30.000
Zur Maßentnahme nur bedingt geeignet



Landeshauptstadt München
Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Ersteller [Redacted]
Erstellungsdatum 06.04.2020



Stellungnahme der Fachstelle für Demokratie

Die Fachstelle für Demokratie zeichnet die Beschlussvorlage mit, weist allerdings darauf hin, dass bzgl. der Verwendung des Begriffs "Migrationshintergrund" in den verwendeten Indikatoren (aus den Bereichen Soziales - Sozialmonitoring bzw. Stadtteilstudie - und Bildung - Sozialindex des Münchner Bildungsberichts) in der Vorlage kein Einverständnis besteht.

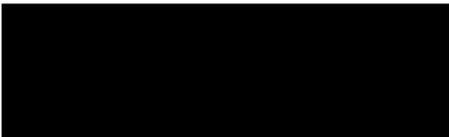
So heißt es auf Seite 3 der Beschlussvorlage zum Indikator ‚Soziale Herausforderungen‘ (Sozialmonitoring): „Der Indikator Soziale Herausforderungen fasst u.a. Daten zum Bezug von Transferleistungen (u.a. SGB II Bezug), zu Sozialwohnungen und zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zusammen. Eine hohe Ausprägung bei diesem Indikator weist darauf hin, dass in der betreffenden Region – bezogen auf den städtischen Durchschnitt – höhere soziale Herausforderungen bestehen.“ Hier drückt sich die erwähnte und häufig kritisierte automatische Verknüpfung der Kategorie „Migrationshintergrund“ mit sozialen Problemlagen bzw. Defiziten und Herausforderungen sehr deutlich aus.

Aus Sicht der Fachstelle für Demokratie ist die automatische Verknüpfung der Kategorie „Migrationshintergrund“ mit sozialen Problemlagen bzw. Defiziten und Herausforderungen problematisch und diskriminierend. Denn zum Einen sagt der „Migrationshintergrund“ aufgrund der Heterogenität der darunter zusammengefassten Personen – wie auch ein aktuelles Infopapier des Mediendienstes Integration feststellt – nichts über Lebensrealitäten und soziale Lagen aus. Und zum Anderen wird der Begriff – gerade weil er häufig mit sozialen Problemen in Verbindung gebracht wird – von Betroffenen als stigmatisierend und ausgrenzend empfunden (ausführlich hierzu:

https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Infopapier_Alternativen_Migrationshintergrund.pdf). Die Fachstelle für Demokratie hat zu diesem Thema am 11.09.2019 auch ein Fachgespräch durchgeführt, dessen Ergebnisse unter dem Titel „Daten für eine vielfältige Gesellschaft“ veröffentlicht (<https://www.muenchen.de/rathaus/dam/jcr:765dab50-99d7-4c8e-b0c0-5c7c1206c16e/Dokumentation%20Fachgespr%C3%A4ch%2011092019.pdf>) und allen Referaten zur Verfügung gestellt wurden. Aufgrund der geschilderten Gründe rät die Fachstelle für Demokratie von einer Erhebung der Kategorie „Migrationshintergrund“ und insbesondere von einer automatischen Verknüpfung der Kategorie mit sozialen Defiziten und Problemlagen ab.

Datum: 21.07.2020
Telefon 233 - 83500
Telefax 233 - 83533
Beatrix Zurek

**Referat für
Bildung und Sport**
Stadtschulrätin



**Soziodemografische Untersuchung
Stadtbezirk 11 Milbertshofen – Am Hart**

**Empfehlung Nr. 14-20 / E 02819
der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 11
Milbertshofen – Am Hart vom 18.07.2019**

**Stellungnahme des RBS zu den Ausführungen der Fachstelle für Demokratie im
Rahmen des Mitzeichnungsverfahrens vom**

An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – PLAN-HAI Bereich Soziale
Grundsatzfragen, Infrastruktur und PERSPEKTIVE MÜNCHEN, SG21, 

Das Referat für Bildung und Sport nimmt zu den Ausführungen der Fachstelle für Demokratie vom 25.06.2020 wie folgt Stellung. Es wird wie vereinbart gebeten, unsere Stellungnahme der Beschlussvorlage als Anlage beizufügen:

Bei der Berechnung des Sozialindex aus den drei Merkmalen Bildungsstand, Kaufkraft und ausländische Bevölkerung findet keine automatische Verknüpfung statt. Vielmehr erfolgt die Verrechnung zu einem Index erst nach einer statistischen Kontrolle der Merkmale auf ihre Korrelationen untereinander. Diese Kontrolle zeigt deutlich, dass die drei Merkmale stark zusammenhängen. Dies lässt sich ebenfalls für das Merkmal Migrationshintergrund feststellen, welches sowohl in der Schulstatistik wie der Kinder- und Jugendhilfestatistik erfasst wird. Dass sich Merkmale der sozialen und ökonomischen Lage, des Bildungsstands und der Migrationshintergrund häufig überlagern (Interkontextualität), ist das Ergebnis vieler (bildungs-)wissenschaftlicher Studien. Hierauf verweist auch der 12. Bericht der Beauftragen der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2019, S. 144).

Grundlegend ist zu beachten, dass die Merkmale bzw. die daraus gebildeten Indices statistische Aussagen zu Durchschnittswerten von Stadtgebieten oder Bildungseinrichtungen treffen. Dass die Heterogenität einer Gruppe und damit die individuelle Situation Einzelner nicht durch die Betrachtung dieser Durchschnittswerte abgebildet werden kann, trifft auf alle statistischen Auswertungen zu. Somit kann jegliche Auswertung nach Personenmerkmalen immer auch als Diskriminierung gedeutet werden (z.B. auch nach Alter, Geschlecht, Gewicht, Sprache, Nationalität, Wohnviertel). Hier zeigt sich ein Grunddilemma der Erstellung statistischer Kennzahlen zu Steuerungszwecken.

Das Referat für Bildung und Sport stellt sich deutlich gegen eine Verwendung von Daten, um Personen und Bevölkerungsgruppen zu diskriminieren. Wird mit Rückgriff auf Daten diskriminiert, stehen immer vereinfachte, fehlerhafte oder auch absichtlich falsche Interpretationen des Zahlenmaterials sowie vorgefasste Meinungen dahinter. Das Referat für Bildung und Sport verweist in zentralen Veröffentlichungen deshalb auch auf die Grenzen der Dateninterpretation, um dem entgegenzuwirken (vgl. zum Migrationshintergrund u.a. Münchner Bildungsbericht 2019, S. 38f.).

Auch bei statistischen Betrachtungen des Merkmals Migrationshintergrund geht es entsprechend nicht um Aussagen zur individuellen Lage. Es ist folglich auch nie Ziel dieser Betrachtungen, die Lebensrealitäten oder soziale Lagen von kleineren Gruppen oder einzelnen Bürger*innen mit Migrationshintergrund zu bewerten. Ziel ist es vielmehr den Bedarf an Unterstützungsangeboten auf einer übergeordneten Ebene (Stadtgebiete, Bildungseinrichtungen) zu erfassen und Ressourcen zu verteilen.

Aus Sicht des Referats für Bildung und Sport ist das Merkmal Migrationshintergrund in vielen Fällen nicht zu umgehen, was sich sowohl an den rechtlichen Grundlagen wie dem Fehlen spezifischerer Daten zur Messung von Unterstützungsbedarfen festmachen lässt:

- Die Erhebungen von Daten bzw. die verfügbaren Statistiken sind überwiegend auf Landesebene geregelt und teils durch die Ministerkonferenzen bundesweit abgestimmt (z.B. Kinder- und Jugendhilfestatistik, Amtliche Schulstatistik). Eine Anpassung oder Streichung von Merkmalen wie den Migrationshintergrund ist auf kommunaler Ebene in diesen Fällen nicht möglich.
- Staatliche Ressourcenzuweisungen für Kindertageseinrichtungen (z.B. BayKiBiG Förderfaktor) und Schulen auf Landesebene sind gesetzlich an die gerade genannten Datenerhebungen gebunden (u.a. auch an das Merkmal Migrationshintergrund).
- Einer zusätzlichen spezifischeren Erfassung der individuellen Lage aller Münchnerinnen und Münchner in den Bildungseinrichtungen – um eine neue Grundlage für die Ressourcenzuteilung zu erhalten – stehen hohe datenschutzrechtliche Hürden entgegen. Zudem würde eine solche Erfassung selbst entsprechende Personalressourcen im Referat für Bildung und Sport benötigen.

Das Merkmal Migrationshintergrund wird im Referat für Bildung und Sport bereits seit einigen Jahren wo immer möglich durch andere verfügbare Daten ersetzt. Dabei handelt es sich insbesondere um Angaben zur Sprache, das Jahr der Zuwanderung, den höchsten Bildungsabschluss und das Sozialgeld (Sozialleistungen für Kinder u15 nach SGB II). Allerdings stehen diese Variablen nicht für alle stadträumlichen Einteilungen (z.B. Stadtbezirksviertel, Grundschulsprengel) bzw. nicht in allen Statistiken (z.B. Zuwanderung wird nur in der Schulstatistik erfasst) zur Verfügung.

Auf einige der aufgeführten Punkte und Problemstellungen wurde im Rahmen des Fachgesprächs „Daten für eine vielfältige Gesellschaft“ der Fachstelle für Demokratie am 11.09.2019 in einer Arbeitsgruppe hingewiesen.

Jenseits der vorliegenden Beschlussvorlage besteht ein Einverständnis mit der grundlegenden Einschätzung der Fachstelle für Demokratie, dass das Merkmal Migrationshintergrund nicht gut dafür geeignet ist, Diskriminierung zu messen. An einigen Stellen kann das Merkmal Hinweise zu struktureller Diskriminierung geben, aber eine Erfassung von Diskriminierungserfahrungen oder allgemein Alltagsdiskriminierung ist nicht möglich.

Daten zu Diskriminierungserfahrungen können für das Referat für Bildung und Sport die bestehenden Statistiken und Verwaltungsdaten zum Migrationshintergrund aufgrund der oben genannten Punkte nicht ersetzen. Sie könnten diese allerdings um eine wichtige Dimension erweitern und so qualitativ verbessern. Folglich sieht auch das Referat für Bildung und Sport einen Bedarf an einer Verbesserung der Datenlage zum Thema Diskriminierung.

Angesichts der Bedeutung des Themas erscheint uns hierfür eine referatsübergreifende Herangehensweise als sinnvoll.

Mit freundlichen Grüßen

gez. w.u.

Beatrix Zurek
Stadtschulrätin

Beatrix Zurek
Stadtschulrätin

Datum:
Telefon: 233-48088
Telefax: 233-48575
Dorothee Schiwy

Sozialreferat

Sozialreferentin

**Stellungnahme zum Beschluss Sozialdemografische Untersuchung Stadtbezirk 11
Milbertshofen – Am Hart**

Empfehlung Nr. 14-20 / E 02819
der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 11
Milbertshofen – Am Hart vom 18.07.2019

Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V XXXXX

vom XX.XX.2020 (SB)

Öffentliche Sitzungsvorlagen

I. An PLAN-HAI-21

Sehr geehrte Damen und Herren,

oben genannten Beschluss habe ich bereits mitgezeichnet. Zwischenzeitlich haben Sie mit der Sozialplanung in meinem Haus Kontakt aufgenommen, da die Fachstelle für Demokratie eine Stellungnahme abgegeben hat, die auch das Monitoring des Sozialreferats betrifft.

Zur Stellungnahme der Fachstelle für Demokratie nimmt das Sozialreferat wie folgt Stellung:

Das Monitoring für das Sozialreferat wurde entwickelt, um eine gemeinsame verbindliche Planungsgrundlage für das Referat zu haben. Da das Sozialreferat sowohl spezielle Angebote für Münchner*innen mit Migrationshintergrund bzw. Ausländer*innen vorhält als auch die Regeldienste – soweit möglich – deren eventuell spezielle Interessen berücksichtigen sollen, wurden die beiden Variablen „Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ und „Anteil der Ausländer*innen“ in die Beobachtung einbezogen.

Es wurde für das Monitoring mit der Faktorenanalyse bewusst eine Methode gewählt, in der nicht im Voraus angenommene Zusammenhänge, sondern rein die statistischen Zusammenhänge zwischen Variablen dargestellt werden. Dass also die beiden genannten Variablen in den Indikator Soziale Herausforderungen einfließen, stellt keine Diskriminierung dar, sondern zeigt vielmehr die in der Gesellschaft bestehende Diskriminierung auf.

Da die von der Fachstelle für Demokratie als per se diskriminierend bezeichneten Variablen für die Planungen des Sozialreferates nach wie vor von großer Bedeutung sind, wird an ihnen für das Monitoring des Sozialreferats festgehalten.

Sowohl zur passgenauen Planung sozialer Angebote als auch der Vereinbarung entsprechender Ziele mit den Trägern ist eine genaue Kenntnis der Bevölkerungszusammensetzung vor Ort nötig. So kann beispielsweise bei Erziehungs- und Familienberatungsstellen, Familienbildungsstätten sowie Angeboten der offenen Kinder- und

Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und (Groß)Tagespflege eine entsprechende Schwerpunktsetzung auf die spezifischen Bedarfe von Münchner*innen mit Migrationshintergrund bzw. Ausländer*innen sinnvoll sein, die ohne eine entsprechende Datengrundlage nicht möglich ist. Dies gilt auch für die Ausgestaltung der Angebote von Alten- und Servicezentren und die Umsetzung der Interkulturellen Öffnung der Langzeitpflege sowie die Planung von Bewohnertreffs. Nicht zuletzt für die Personalplanung des Sozialreferates, insbesondere den gezielten Einsatz von Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund, ist das Wissen um die Zusammensetzung der Bevölkerung vor Ort nötig.

Dabei werden selbstverständlich die Entwicklungen, insbesondere die Weiterentwicklung der zugrunde gelegten Definition des Migrationshintergrundes, in enger Abstimmung mit der Stelle für Interkulturelle Arbeit einbezogen.

Mit freundlichen Grüßen

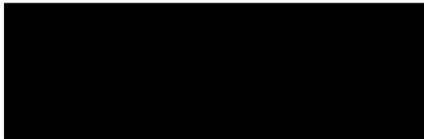
A black rectangular box redacting the signature of Dorothee Schiwy.

Dorothee Schiwy

Datum:
Telefon: 233-48088
Telefax: 233-48575
Dorothee Schiwy

Sozialreferat

Sozialreferentin



**Sozialdemografische Untersuchung
Stadtbezirk 11 Milbertshofen – Am Hart**

Empfehlung Nr. 14-20 / E 02819
der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 11
Milbertshofen – Am Hart vom 18.07.2019

Stellungnahme zur Beschlussvorlage

Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V ~~XXXXX~~

An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, PLAN-HAI-21, 

Sehr geehrte 

das Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Arbeit, nimmt bezogen auf die Stellungnahme der Fachstelle für Demokratie wie folgt Stellung:

Die Stelle für interkulturelle Arbeit ist für die strategische Steuerung der Umsetzung des Interkulturellen Integrationskonzepts der Landeshauptstadt München zuständig und hat zwischen 2005 bis 2006 im Rahmen ihrer gesamtstädtischen Querschnittsfunktion einen referatsübergreifenden Diskussionsprozess zur Erfassung des Migrationshintergrunds initiiert, der später in ein Gutachten („Menschen mit Migrationshintergrund. Datenerfassung für die Integrationsberichterstattung“) und Operationalisierung und Definition des Merkmals Migrationshintergrund mündete. Die Vollversammlung des Stadtrats hat mit Beschluss vom 07.10.2009 (Sitzungsvorlage Nr. 08 – 14 (V 02715) die bis heute auch in der Stadtverwaltung gültige Definition für Menschen mit Migrationshintergrund beschlossen. Die Frage, wie das Merkmal „Migrationshintergrund“ als Kategorie weiter entwickelt und darüber hinaus Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten erfasst werden können ist wichtig. Die Grundlage für den Auftrag, federführend derartigen Fragestellungen nachzugehen, bildet das Interkulturelle Integrationskonzept der Landeshauptstadt München (siehe Grundsatz 7 „Integration heißt, entschieden gegen Diskriminierung und Rassismus vorzugehen“ und Punkt „Controlling, Monitoring und Forschung“, ab S. 54ff).

Bis zu einer etwaigen Änderung der Definition des Migrationshintergrundes sollte das bisherige Verfahren beibehalten werden.

Die Stelle für interkulturelle Arbeit empfiehlt in der weiteren Diskussion eine klare Differenzierung zwischen den (zu erhebenden) Daten. Auf der einen Seite geht es um die Frage, ob und wie die in den amtlichen Statistiken und empirischen Studien verwendete Kategorie des „Migrationshintergrunds“ diskriminierungssensibel weiterentwickelt werden kann. Diese Diskussion wird aktuell auf Bundesebene geführt. Auf der anderen Seite steht die Frage, wie eine empirische Datengrundlage zur Erfassung von Mehrfachdiskriminierung geschaffen werden kann. Es steht außer Frage, dass es darüber hinaus gehender Erhebungen zur Sichtbarmachung der verschiedenen, vielschichtigen Diskriminierungserfahrungen bedarf, auch auf Basis eines Klärungs- und

Diskussionsprozesses innerhalb der Stadtverwaltung. Im wissenschaftlichen Diskurs wird zu Recht immer wieder angemerkt, dass man nicht an „vorübergehenden Zielgruppenetikettierungen“ vorbei kommt und es förderpolitisch ein fatales Signal wäre, identifizierbare, zielgruppenspezifische Bedarfe nicht sichtbar zu machen (s. Studie „Impulse für Innovationen in der Migrations- und Integrationsarbeit, TH Köln, 2017, S. 382).

Aus den o.g. Gründen empfiehlt die Stelle für interkulturelle Arbeit

- das Merkmal Migrationshintergrund **nicht** zu streichen und
- zu berücksichtigen, dass die Veröffentlichung der Ergebnisse vom Fachgespräch "Daten für eine vielfältige Gesellschaft" am 11.09.2019 ein Vorgriff auf den begonnenen, wissenschaftlich fundierten Diskussionsprozess innerhalb der Stadtverwaltung darstellt, der unter Federführung der Stelle für interkulturelle Arbeit steht.

Die Stelle für interkulturelle Arbeit schlägt folgendes Vorgehen vor:

- Laut aktuellem Stadtratsauftrag wird der Stadtrat bis Ende 2020 mit der Weiterentwicklung des interkulturellen Integrationskonzepts befasst. In dieser Vorlage wird das Sozialreferat dem Stadtrat auch einen Vorschlag zum weiteren Umgang mit der Erhebung von Daten zum Migrationshintergrund unterbreiten. Mit der Fachstelle findet dazu vorab ein Austausch statt.

Mit freundlichen Grüßen



Dorothee Schiwy



Landeshauptstadt München, Direktorium
Schwanthalerstr. 68, 80336 München



Landeshauptstadt München
Referat für Stadtplanung und Bauordnung
HA I Stadtentwicklungsplanung / Abtl. 2

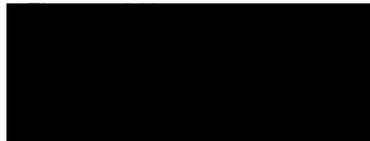
Blumenstraße 31, 80331 München

**Kommunale Statistiken
D-I-STA-1**

Schwanthalerstr. 68
80336 München



Dienstgebäude:
Schwanthalerstr. 68



Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum

11.09.2020

Sehr geehrte
sehr geehrte



in Bezug auf die Verwendung des Migrationshintergrundes in der vorliegenden
Beschlussvorlage nimmt das Statistische Amt wie folgt Stellung:

Bei dem in der Beschlussvorlage verwendeten Merkmal "Migrationshintergrund" handelt es
sich nicht um eine Erhebung, sondern um ein rein statistisch aus den Melderegisterdaten
abgeleitetes Merkmal.

Die Generierung des Merkmals Migrationshintergrund erfolgt ausschließlich aus
Personenmerkmalen, die einen Hinweis auf die Migration enthalten (wie Geburtsland,
Staatsangehörigkeiten einer Person und - bei Minderjährigen - auch ihrer Eltern). Der hier
verwendete Algorithmus verwendet keinerlei Informationen zu Defiziten oder sozialen
Problemen einer Person.

Das Statistische Amt stimmt folglich der Stellungnahme der Fachstelle für Demokratie in dem
Punkt zu, dass der Migrationshintergrund eine heterogene Personengruppe zusammenfasst
und per se "nichts über Lebensrealitäten und soziale Lagen" aussagt.
Trotz der Heterogenität der Personengruppe mit Migrationshintergrund zeigen sich bei
statistischen Auswertungen jedoch Unterschiede zur Personengruppe ohne
Migrationshintergrund.

Das Statistische Amt stimmt ebenfalls der Stellungnahme der Fachstelle für Demokratie zu,
dass die soziale Lage anstelle des Migrationshintergrundes das aussagekräftigere Merkmal
wäre. Eine Ableitung von sozialen Lagen aus Melderegisterdaten ist jedoch nicht möglich. Der
Migrationshintergrund, der mit der sozialen Lage korreliert, eignet sich daher durchaus, um in
statistischen Auswertungen ein soziales Ungleichgewicht zu erkennen.

U-Bahn Linien U4/U5
Haltestelle Theresienwiese

Straßenbahn: Linien 18/19
Haltestelle Holzkirchner Bahnhof

Bus: Linie 58
Haltestelle Holzkirchner Bahnhof



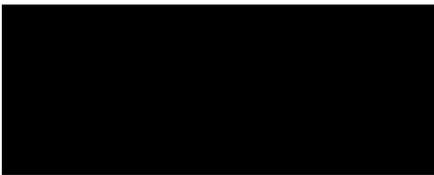
München zählt

Prädikat für vorbildliche
Gleichstellungspolitik
für Frauen und Männer



Die Kritik, dass eine "automatische Verknüpfung der Kategorie „Migrationshintergrund“ mit sozialen Problemlagen bzw. Defiziten und Herausforderungen" erfolgt, ist statistisch jedoch abzuweisen. Sofern sich in den statistischen Auswertungen Defizite zeigen, ist dies tatsächlich ein Ergebnis der stratifizierten Analyse nach Migrationshintergrund.

Mit freundlichen Grüßen



Bezirksausschuss des 11. Stadtbezirkes
Milbertshofen – Am Hart

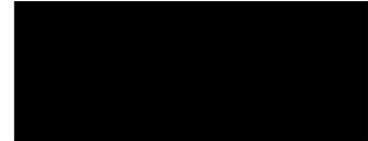


Landeshauptstadt
München

Landeshauptstadt München, Direktorium
BA-Geschäftsstelle Nord, Ehrenbreitsteiner Str. 28a, 80993 München

Referat für Stadtplanung und Bauordnung
HA I/11-2

**Vorsitzender
Fredy Hummel-Haslauer**



Geschäftsstelle:
BA-Geschäftsstelle Nord
Ehrenbreitsteiner Str. 28a
80993 München
Telefon: 089/ 159 86 89-32
Telefax: 089/ 159 86 89-21
BA11@muenchen.de

München, 01.03.2020

Ihr Schreiben vom:
01.02.2021

Unser Zeichen:
6.2.1 / 02-21

Ihr Zeichen:

**(E) Soziodemografische Untersuchung Stadtbezirk 11 – Empf. Nr. 14-20 / E 02819 der
Bürgerversammlung vom 18.07.2019 - Sitzungsvorlagen Nr. 20-26 / V 02261**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bezirksausschuss 11 Milbertshofen - Am Hart (BA 11) hat in seiner Sitzung am 24.02.2021
Ihre Beschlussvorlage zur Kenntnis genommen, regt jedoch eine künftig stärkere Berücksichtigung
des Themas Altersarmut in den Planungen an.

Mit freundlichen Grüßen



Fredy Hummel-Haslauer
Vorsitzender